

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 9. November 1983

am Donnerstag, dem 10. November 1983

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Austermann (CDU/CSU)	40, 41	Dr. Kübler (SPD)	57, 58
Becker (Nienberge) (SPD)	77, 78	Kuhlwein (SPD)	8
Berschkeit (SPD)	14, 15	Löffler (SPD)	29, 30
Böhm (Melsungen) (CDU/CSU)	43, 60	Milz (CDU/CSU)	46, 47
Brück (SPD)	18, 19	Dr. Mitzscherling (SPD)	48, 49
Conradi (SPD)	42	Müller (Schweinfurt) (SPD)	3
Dr. Czaja (CDU/CSU)	61, 62	Pfuhl (SPD)	69, 70
Eylmann (CDU/CSU)	44, 45	Frau Reetz (DIE GRÜNEN)	4
Dr. Feldmann (FDP)	5, 6	Sauter (Epfendorf) (CDU/CSU)	34, 35
Fischer (Homburg) (SPD)	20, 21	Schemken (CDU/CSU)	75, 76
Fischer (Osthofen) (SPD)	50, 51	Frau Schmidt (Nürnberg) (SPD)	55, 56
Frau Fuchs (Köln) (SPD)	2	Schmitt (Wiesbaden) (SPD)	12, 13
Gansel (SPD)	65, 66	von Schmude (CDU/CSU)	27, 28
Gerstl (Passau) (SPD)	31, 32	Schreiner (SPD)	1, 53
Gilges (SPD)	72, 73	Sielaff (SPD)	36, 54
Dr. Göhner (CDU/CSU)	9	Dr. Sperling (SPD)	10, 11
Frau Dr. Hamm-Brücher (FDP)	63, 64	Stahl (Kempfen) (SPD)	7
Hoffmann (Saarbrücken) (SPD)	22, 23	Dr. Steger (SPD)	24, 37
Dr. Hupka (CDU/CSU)	67, 68	Weiß (CDU/CSU)	16, 17
Jäger (Wangen) (CDU/CSU)	52, 74	Dr. Wernitz (SPD)	71
Dr. Jens (SPD)	25, 26	Wimmer (Neuss) (CDU/CSU)	59
Dr. Klejdzinski (SPD)	38, 39	Würtz (SPD)	33
Krizsan (DIE GRÜNEN)	79		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung . .	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmelde- wesen	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie .	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft .	4
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . .	4
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	5
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen .	6
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	7
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	8
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	9
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	12

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Arbeit und Sozialordnung**

1. Abgeordneter
Schreiner
(SPD) Wie hoch sind die Durchschnittswerte von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe im Verhältnis zum durchschnittlichen Nettoarbeitsentgelt aller abhängig Beschäftigten einschließlich Mehrarbeit und regelmäßiger Einmalzahlungen?
2. Abgeordnete
Frau
Fuchs
(Köln)
(SPD) Trifft der Bericht des „Spiegel“ vom 31. Oktober 1983 zu, daß der Bundeskanzler sich bisher noch nicht bereit erklärt hat, das Gutachten der von der letzten sozialliberalen Bundesregierung eingesetzten „Sachverständigenkommission Alterssicherungssysteme“ persönlich entgegenzunehmen, und gilt, falls dieser Bericht zutreffen sollte, die Weigerung auch dann, wenn bei der Festlegung des Übergabetermins Rücksicht auf die Termingestaltung des Bundeskanzlers genommen wird?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Jugend, Familie und Gesundheit**

3. Abgeordneter
Müller
(Schweinfurt)
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß auf dem Tierarzneimittelmarkt von den Herstellern und Händlern Naturalrabatte von bis zu 100 v. H. eingeräumt werden, um bessere Marktanteile zu erhalten, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, dieses Rabattunwesen und damit den gesamten Handel und die Verwendung von Tierarzneimitteln besser zu kontrollieren?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
das Post- und Fernmeldewesen**

4. Abgeordnete
Frau
Reetz
(DIE GRÜNEN) Welche Absichten verfolgt die „Deutsche Postreklame GmbH“ mit der Ausschreibung eines Großauftrags für ein elektronisches Telefonbuch und dem Angebot einer zusätzlichen Werbesoftware sowie der Ankündigung, es sei möglich, als dynamische, d. h. täglich zu aktualisierende Werbung die Telefonteilnehmer auszuwerten oder Werbeseiten in den Teilnehmerdialogen einzufügen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Raumordnung, Bauwesen und Städtebau**

5. Abgeordneter
Dr. Feldmann
(FDP) Hält die Bundesregierung nach wie vor — entsprechend dem Beschluß des Gemeinsamen Ausschusses Bundeshauptstadt Bonn — die im Parlaments- und Regierungsviertel (Gelände an der Walter-Flex-Straße) als geistig kulturelles Zentrum zu errichtende Kunsthalle für einen wichtigen Beitrag zu einem überzeugenden Hauptstadt-Konzept?
6. Abgeordneter
Dr. Feldmann
(FDP) Ist diese Planung nach Auffassung der Bundesregierung auf Grund weiterer Bauvorhaben (Haus der Deutschen Geschichte, Mahnmal mit Aufmarschzone u. a.) gefährdet?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Forschung und Technologie**

7. Abgeordneter
Stahl
(Kempen)
(SPD)
- Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung außer der Veranstaltung von Symposien ergriffen, um die ökologische Forschung zielstrebig und in einem klaren Zeitrahmen voranzubringen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Bildung und Wissenschaft**

8. Abgeordneter
Kuhlwein
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung gegenwärtig die Auswirkungen der Anerkennungsverordnung für das schulische Berufsgrundbildungsjahr auf die Ausbildungsplatzsituation, und ist die Bundesregierung bereit, wegen der in vielen Bundesländern fortgeschrittenen Einführung des Berufsgrundbildungsjahres an dieser Verordnung festzuhalten?

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und
des Bundeskanzleramtes**

9. Abgeordneter
Dr. Göhner
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung eine Veranstaltung der „World Media Conference“ in Bonn z. B. durch technische Hilfen unterstützt hat, obwohl dem Bundespresseamt bekannt sein mußte, daß die Veranstalter zum Umfeld der Moon-Sekte gehören?
10. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD)
- Hat die Bundesregierung mittlerweile das von Bundeskanzler Dr. Kohl mehrfach geforderte Konzept der „geistig-moralischen Führung“ erarbeitet, und wie lauten die Grundzüge dieses Konzeptes?
11. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD)
- Trifft es zu, daß Bundesminister Dr. Geißler dieses Konzept entwickelt und konkretisiert?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

12. Abgeordneter
Schmitt
(Wiesbaden)
(SPD)
- Ist die Bundesregierung nunmehr bereit, das Ergebnis ihrer Überprüfung der Bedenken der hessischen Landesregierung und der Wiesbadener Bürgerinitiative gegen die Hubschrauberstationierung in Wiesbaden-Erbenheim öffentlich mitzuteilen, und ist die Bundesregierung mit mir der Meinung, daß bei einer Reaktivierung eine Nutzungsänderung eintritt?
13. Abgeordneter
Schmitt
(Wiesbaden)
(SPD)
- Ist die Bundesregierung meiner Auffassung, daß Artikel 48 Abs. 3 a des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut im vorliegenden Fall die Neufassung einer schriftlichen Überlassungsvereinbarung erfordert und dazu die Bundesregierung eine eigene Entscheidung zu den Stationierungswünschen der US-Army treffen muß?

14. Abgeordneter
Berschkeit
(SPD)
- Welche der widersprüchlichen Aussagen der Bundesregierung ist die richtige, die von Herrn Parlamentarischen Staatssekretär Dr. Häfele, der auf eine entsprechende Anfrage am 11. August 1983 (Drucksache 10/300, Frage 31) geschrieben hat: „Die Bundesregierung ist der Auffassung, daß eine Senkung der Unternehmensteuern geeignet ist, die Investitionsfähigkeit und Investitionsbereitschaft der Unternehmen zu fördern und damit einen Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit zu leisten“, oder die von Herrn Parlamentarischen Staatssekretär Dr. Voss, der auf eine entsprechende Anfrage am 23. August 1983 (Drucksache 10/320, Frage 18) geschrieben hat: „Eine allgemeingültige Einteilung der Steuern in Unternehmensteuern und Nichtunternehmensteuern gibt es nicht.“?
15. Abgeordneter
Berschkeit
(SPD)
- Kann die Bundesregierung — wenn die Aussage von Herrn Parlamentarischen Staatssekretär Dr. Häfele richtig ist — angeben, wie sich die typischen Unternehmensteuern in den letzten zehn Jahren im Verhältnis zum Gesamtsteueraufkommen entwickelt haben, und warum hat — wenn die Aussage von Herrn Parlamentarischen Staatssekretär Dr. Voss richtig ist — Herr Parlamentarischer Staatssekretär Dr. Häfele namens der Bundesregierung am 11. August 1983 die in Drucksache 10/300, Frage 31, angeführte Aussage gemacht?
16. Abgeordneter
Weiß
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß infolge staatlich subventionierter Alkohol-Billigimporte durch die Lieferländer, insbesondere aus den EG-Staaten Frankreich und Italien, der Absatz des in der Bundesrepublik Deutschland erzeugten Agraralkohols stark zurückgegangen ist, und was gedenkt sie, da mit diesem Tatbestand die Minderung der Jahresbrennrechte verbunden ist, was sich wiederum sehr negativ auf die Einkommensverhältnisse der landwirtschaftlichen Verschlußbrennereien auswirkt, dagegen zu tun?
17. Abgeordneter
Weiß
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Bundesregierung die Alkoholmengen, die auf Grund der großen Weinernte über Destillation von Wein entstehen, von der Bundesmonopolverwaltung übernehmen zu lassen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

18. Abgeordneter
Brück
(SPD)
- Treffen Pressemeldungen zu, wonach der Wirtschaftsminister des Landes Baden-Württemberg in einem Schreiben an den Bundeswirtschaftsminister die Abnahmeverpflichtungen der baden-württembergischen Versorgungsunternehmen (EVU) als „eindeutig überhöht“ bezeichnet hat, und wenn ja, wie beurteilt die Bundesregierung diese Auffassung?
19. Abgeordneter
Brück
(SPD)
- Welche Ergebnisse haben die Verhandlungen zwischen Bundesregierung, Regierung des Saarlandes und ARBED-Saarstahl über mögliche weitere Finanzhilfen erbracht, und in welcher Weise wurden daran die Betriebsräte und die Gewerkschaft beteiligt?

20. Abgeordneter
Fischer
(Homburg)
(SPD) Wie hoch ist die durchschnittliche Subventionierung pro Tonne Rohstahl für Produkte von ARBED-Saarstahl und von den deutschen Stahlunternehmen insgesamt?
21. Abgeordneter
Fischer
(Homburg)
(SPD) Welchen Zusammenhang sieht die Bundesregierung zwischen der Stahlproduktion bei ARBED-Saarstahl und der zum selben Konzern gehörenden Stahlweiterverarbeitung hinsichtlich einer überlebensfähigen Gesamtkonzeption?
22. Abgeordneter
Hoffmann
(Saarbrücken)
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, in welcher Höhe die Arbeitnehmer von ARBED-Saarstahl im Bereich der tariflichen und der außertariflichen Verträge finanzielle Einbußen haben hinnehmen müssen?
23. Abgeordneter
Hoffmann
(Saarbrücken)
(SPD) Welche Arbeitsplatzverluste und welche Produktionskapazitätsminderungen haben ARBED-Saarstahl und ihre Vorgängerunternehmen seit 1974 hinnehmen müssen?
24. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD) Kennt die Bundesregierung die Kritik der Industrie- und Handelskammer Koblenz an ihrer Existenzförderungs politik (vgl. z. B. Handelsblatt vom 3. August 1983), und welche Konsequenzen will sie gegebenenfalls daraus ziehen?
25. Abgeordneter
Dr. Jens
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß die METRO Cash & Carry-Läden nicht an Preisauszeichnungsverordnung und Ladenschluß gebunden sind, und sieht sie darin eine Wettbewerbsverzerrung gegenüber dem herkömmlichen Fachhandel?
26. Abgeordneter
Dr. Jens
(SPD) Was kann die Bundesregierung dagegen unternehmen, daß in den METRO Cash & Carry-Läden auch an Letztverbraucher verkauft wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

27. Abgeordneter
von Schmude
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, in welcher Höhe Kautionen von Bundesbürgern in 1982 im Hinblick darauf gestellt werden mußten, daß nach dem DDR-Strafgesetzbuch (§ 136) die DDR bei Ermittlungsverfahren gegen Bürger der Bundesrepublik Deutschland anstelle der Anordnung der Untersuchungshaft Sicherstellung in Vermögenswerten verlangt?
28. Abgeordneter
von Schmude
(CDU/CSU) Wie hoch ist der Betrag, der durch Fernbleiben der Beklagten von der Hauptverhandlung seitens der DDR-Behörden eingezogen wurde?
29. Abgeordneter
Löffler
(SPD) Welche Haltung nimmt die Bundesregierung zu den Forderungen verschiedener Verbände ein, mit dem Fahrrad in die DDR fahren zu dürfen?

30. Abgeordneter
Löffler
(SPD) Beabsichtigt die Bundesregierung, diese Frage in Verhandlungen mit der Regierung der DDR zur Sprache zu bringen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

31. Abgeordneter
Gerstl
(Passau)
(SPD) Welche Gründe waren für die kurzfristige Absage des „NATO-Smoke-Experiments“ auf dem Truppenübungsplatz Heuberg durch die Leitung des Bundesministeriums der Verteidigung am 4. August 1983 ausschlaggebend, und warum erfolgte die Absage so kurzfristig unmittelbar vor Beginn der Durchführung?
32. Abgeordneter
Gerstl
(Passau)
(SPD) Welche Gründe sind vom Bundesminister der Verteidigung den beteiligten NATO-Nationen für die Absage des Experiments genannt worden, und wie beurteilt die Bundesregierung die durch die Absage des Experiments innerhalb der beteiligten NATO-Länder eingetretene Verstimmung und einen dadurch eventuell aufgetretenen Zweifel an der Ernsthaftigkeit der deutschen Verteidigungsanstrengungen?
33. Abgeordneter
Würtz
(SPD) Hält die Bundesregierung an der Aussage des Bundesministers der Verteidigung, Dr. Wörner, am 24. Oktober 1983 vor dem Verteidigungsausschuß, der an diesem Tag öffentlich getagt hat, fest, daß „die Sowjetunion am Verhandlungstisch in Genf bisher keine konkreten Vorschläge unterbreitet hat“ und alle öffentlichen Angebote des sowjetischen Parteichefs Andropow Propagandaofferten sind?
34. Abgeordneter
Sauter
(Epfendorf)
(CDU/CSU) Sind der Bundesregierung Klagen über die unzureichende Beheizung der Kraftfahrzeug-Hallen der Bundeswehr, in denen Wartung und Reparaturen durchgeführt werden, bekannt?
35. Abgeordneter
Sauter
(Epfendorf)
(CDU/CSU) Wie hoch ist der durch die Absenkung der Temperatur in den Wartungshallen von + 17° Celsius auf + 12° Celsius erreichte Einspareffekt?
36. Abgeordneter
Sielaff
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Aussagen des Planungsstabes der Bundesregierung vom September 1982, wonach die abschreckende Wirkung eines umfangreichen chemischen Potentials zweifelhaft sei und die Einsätze mit chemischen Waffen ausschließlich die völlig schutzlose deutsche Bevölkerung treffen würden, angesichts der Äußerungen im Weißbuch 1983, daß die Streitkräfte der NATO fähig sein müßten, chemische Kampfstoffe zur Vergeltung einzusetzen?
37. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD) Welche Ergebnisse hat die Durchführbarkeitsstudie zur nachträglichen Schalldämpfung bei Kampfflugzeugen für den Übungseinsatz des Bundesministeriums der Verteidigung erbracht, und welche Konsequenzen will die Bundesregierung daraus ziehen?

38. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, wie hoch die Anzahl der Versuchstiere bei Tierversuchen der Bundeswehr im Flugmedizinischen Institut der Luftwaffe in Fürstenfeldbruck und im Schiffahrtsmedizinischen Institut der Marine in Kiel-Kronshagen ist, und wenn ja, welchen prozentualen Anteil stellen die Versuchstiere aus diesen Instituten bezogen auf die Gesamtzahl der Versuchstiere in der Bundesrepublik Deutschland von 1980 bis 1982?
39. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, welche Forschungsergebnisse die Tierversuche aus den o. a. Instituten ergeben haben, und wenn ja, auf welche Weise sind diese Ergebnisse in Lehre, Erlasse und Dienstvorschriften eingegangen?
40. Abgeordneter
Austermann
(CDU/CSU) Wie viele Soldaten sind neben ihrem Dienst in herausgehobener Funktion (Gemeindevertreter, Bürgervorsteher, Bürgermeister) kommunalpolitisch aktiv?
41. Abgeordneter
Austermann
(CDU/CSU) Inwieweit ist sichergestellt, daß das begrüßenswerte ehrenamtliche Engagement nicht zu Benachteiligungen bei Beförderungen und beim Einsatz in anderer dienstlicher Verwendung führt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

42. Abgeordneter
Conradi
(SPD) Wann ist mit der seit nunmehr zehn Jahren geplanten Einführung fälschungssicherer Kraftfahrzeug-Kennzeichen zu rechnen, und welches sind die Gründe für diese lange Bearbeitungszeit?
43. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU) Ist beabsichtigt, aus Gründen der Verkehrssicherheit im Winter Spikes-Reifen wieder zuzulassen, und wie begründet die Bundesregierung ihre Entscheidung?
44. Abgeordneter
Eylmann
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß die krankheitsbedingten Arbeitsausfälle bei der Deutschen Bundesbahn nahezu doppelt so hoch sind wie in der Wirtschaft, und Eisenbahner auch im Durchschnitt erheblich früher in Pension gehen als der Durchschnitt der Arbeitnehmer?
45. Abgeordneter
Eylmann
(CDU/CSU) Was gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls zu tun, und welche Ursachen sind nach ihrer Auffassung für diesen Zustand verantwortlich?
46. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) Ist die Deutsche Bundesbahn bereit, im Bahnbusverkehr in Einzelfällen Linienkonzessionen an das private Omnibusgewerbe zurückzugeben, wenn ja, aus welchen Gründen?
47. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß die Deutsche Bundesbahn ihren Verkehrsbesitz im Bahnbusverkehr ausbauen und verbessern will, wenn ja, ist damit eine weitere Reduzierung von Linienkonzessionen für das private Omnibusgewerbe vorgesehen?

48. Abgeordneter
Dr. Mitzscherling
(SPD) Trifft es zu, daß die Deutsche Bundesbahn beabsichtigt, von 1985 an Waggonbauanschlußaufträge nicht mehr an die Berliner Waggon-Union zu vergeben, und wenn ja, wie beurteilt die Bundesregierung die Beschaffungspolitik eines bundeseigenen Unternehmens, durch die 1000 Berliner Arbeitsplätze gefährdet werden?
49. Abgeordneter
Dr. Mitzscherling
(SPD) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß insbesondere die bundeseigenen Unternehmen bzw. Unternehmen mit erheblicher Bundesbeteiligung bei ihren Entscheidungen die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und damit politische Existenz Berlins berücksichtigen sollten, und wenn ja, welche Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung, um ihre Auffassung gegenüber den entsprechenden Unternehmensleitungen durchzusetzen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

50. Abgeordneter
Fischer
(Osthofen)
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß nach wie vor auswanderungswillige Rumäniendeutsche über dubiose „Vermittler“ zur Zahlung erheblicher Geldbeträge angehalten werden, die in ihrer Höhe in etwa den seinerzeit erhobenen Rückerstattungssummen für Ausbildungskosten entsprechen, und was gedenkt die Bundesregierung im Zusammenhang mit den von Bundesaußenminister Genscher gegebenen Zusagen gegen Mißbräuche in diesem Bereich zu tun?
51. Abgeordneter
Fischer
(Osthofen)
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß mittelständische Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland, die unbeglichene Forderungen an Rumänien haben, von „Vermittlern“ berichten, die erklären, für zehn oder auch mehr Prozent der Forderungen in Devisen in der Lage zu sein, die rasche Überweisung der Schuld zu veranlassen, und was gedenkt die Bundesregierung gegen derartige Methoden zu unternehmen?
52. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU) Wird die Bundesregierung die bevorstehende europaweite Kampagne „Rettet Sacharow“ unterstützen, und wenn ja, an welche konkreten Maßnahmen denkt die Bundesregierung dabei?
53. Abgeordneter
Schreiner
(SPD) Inwieweit sieht die Bundesregierung Parallelen der Invasion Grenadas durch die USA und die Afghanistans durch die UdSSR hinsichtlich der Vorgehensweise und der Rechtfertigung für die Verletzung des Völkerrechts, und steht zu befürchten, daß sich die Bundesregierung für einen Boykott der Olympischen Spiele 1984 in Los Angeles einsetzt?

54. Abgeordneter
Sielaff
(SPD)
- Wie können die Äußerungen von Staatsminister Dr. Mertes vor dem Deutschen Bundestag „auch wer sich verteidigt, darf keine verbotenen Waffen einsetzen“, und die Äußerungen des Bundesministers des Auswärtigen „wir sind Vertragspartei des Genfer Protokolls, das jeden Einsatz von chemischen Waffen verbietet“ in Einklang gebracht werden mit den Ausführungen der Ziffer 288 Weißbuch 1983 (demnach müssen die Streitkräfte der NATO fähig sein, chemische Kampfstoffe zur Vergeltung in begrenztem Umfang einzusetzen) vor dem Hintergrund, daß bei der Ratifizierung des Genfer Protokolls durch das Deutsche Reich kein Einsatz-Vorbehalt gemacht wurde?
55. Abgeordnete
Frau
Schmidt
(Nürnberg)
(SPD)
- Trifft es zu, daß die Bundesregierung einem Vorschlag der Vereinten Nationen zur Errichtung einer von chemischen Kampfstoffen freien Zone in Mitteleuropa im November 1982 nicht zugestimmt hat, und wie begründet sie gegebenenfalls diese Ablehnung?
56. Abgeordnete
Frau
Schmidt
(Nürnberg)
(SPD)
- Warum hat die Bundesregierung um eine Verlängerung Ihrer Äußerungsfrist zur Organklage von 18 Bundestagsabgeordneten um mehrere Monate gebeten, nachdem sie sich bereits explizit im Weißbuch 1983 zu ihrer Auskunftspflicht über Lagerung von chemischen Waffen in der Bundesrepublik Deutschland geäußert hat?
57. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, der Modernisierung der C-Waffen-Bestände der US-Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland zuzustimmen, und wird sie die Frage der C-Waffen-Nachrüstung dem Deutschen Bundestag zur Entscheidung vorlegen?
58. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD)
- Hält die Bundesregierung ihre Haltung zur C-Waffen-Nachrüstung im Hinblick auf ihren Beitritt zum Genfer Giftgas-Protokoll für völkerrechtlich zulässig?
59. Abgeordneter
Wimmer
(Neuss)
(CDU/CSU)
- Werden aus der Türkei-Hilfe, die von der Bundesrepublik Deutschland dem befreundeten NATO-Partner Türkei zur Verfügung gestellt wird, auch Mittel zur Finanzierung von türkischen Vorhaben im Bereich der Luftverteidigung zur Verfügung gestellt, und ist mit diesen Finanzmitteln in der Türkei eine Entscheidung zugunsten des Luftverteidigungssystems Rapiert getroffen worden?
60. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß das deutsche Kulturinstitut in Bukarest in seinem normalen Programm die deutsche Krimiserie „Der Kommissar“ in englischer Sprache vorführt, und aus welchem Grund geschieht das?
61. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- Welche deutschlandpolitischen Ziele, insbesondere in bezug auf das Prinzip des friedlichen Wandels, wird die Bundesregierung bei der Abrüstungskonferenz, die im Januar 1984 in Stockholm beginnen wird, verfolgen, wenn dort über die Zonen abgestufter Abrüstung verhandelt werden soll?

62. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- Inwieweit wurden mit Unterstützung der Bundesregierung und mit welchem Ergebnis in der letzten Zeit in enger Verbindung mit den Bemühungen um die Verteidigungsfähigkeit beim „konstruktiven Einsatz der Allianz im Interesse der Entspannung“ (Harmel-Bericht, Ziffer 5) gemäß Ziffer 12 des Harmel-Berichts, welcher als Gesamtstrategie des Bündnisses den NATO-Doppelbeschluß von 1979 bekräftigt, auch „laufend politische Maßnahmen“ geprüft, um „eine gerechte und dauerhafte Ordnung in Europa zu erreichen, die Teilung Deutschlands zu überwinden“?
63. Abgeordnete
Frau Dr. Hamm-Brücher
(FDP)
- Ist der Bundesregierung der zunehmende, durch Zeitungsanzeigen initiierte, kommerzielle Handel mit Konsul-Titeln und anderen diplomatischen Titeln bekannt, und wenn ja, wie gedenkt sie, diesen dubiosen Anwerbeverfahren entgegenzuwirken?
64. Abgeordnete
Frau Dr. Hamm-Brücher
(FDP)
- Kann die Bundesregierung genauere Angaben über den Umfang des Titelkaufs machen?
65. Abgeordneter
Gansel
(SPD)
- Hat die Bundesregierung beim Besuch des sudanesischen Verteidigungsministers und beim Besuch des ägyptischen Verteidigungsministers Vereinbarungen über Ausbildungshilfe, Ausrüstungshilfe und Rüstungsexporte getroffen oder vorbereitet?
66. Abgeordneter
Gansel
(SPD)
- In welchem Zusammenhang standen diese Besuche mit der vom Bundeskanzler mit Saudi-Arabien vereinbarten Zusammenarbeit in Fragen des Verteidigungsbereichs?
67. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- Ist der Begriff „Verkleinerung Deutschlands“, wie er in den deutsch-amerikanischen Schulbuchempfehlungen gebraucht wird, und der mit „territorial losses“ übersetzt worden ist, eine zutreffende Wiedergabe des Rechtsstandpunktes der Bundesrepublik Deutschland, und wie erklärt sich der Widerspruch zu den Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes?
68. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung als Mitglied des Kuratoriums des Georg-Eckert-Institutes für internationale Schulbuchforschung dafür Sorge tragen können, daß nicht nur durch einen deutsch-sprachigen Hinweis auf den Deutschlandvertrag und das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 31. Juli 1973 die zweisprachig veröffentlichten deutsch-amerikanischen Schulbuchempfehlungen erläutert werden, sondern daß die falsche Darstellung „Anerkennung der Westgrenze Polens durch die Bundesrepublik Deutschland“ sowohl im deutschen Text als auch in der englischen Übersetzung zurückgenommen und die eindeutige Rechtsposition in den Text eingearbeitet wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

69. Abgeordneter
Pfuhl
(SPD) Ist dem Bundesinnenministerium bekannt, daß Bundesbeamten, die als Schiedsmänner, Schöffen und Geschworene ehrenamtlich tätig sind, Sonderurlaub für Einführungs- und Fortbildungslehrgänge nicht als förderungswürdig anerkannt und deshalb nicht genehmigt wird?
70. Abgeordneter
Pfuhl
(SPD) Ist die Bundesregierung deshalb bereit, diese ungleiche Behandlung gegenüber anderen Beamten abzuschaffen?
71. Abgeordneter
Dr. Wernitz
(SPD) Wird die Bundesregierung einen Gesetzentwurf zur Begrenzung der Nebentätigkeiten von Beamten vorlegen, und wann ist gegebenenfalls damit zu rechnen?
72. Abgeordneter
Gilges
(SPD) In welchen Städten sind dem Verfassungsschutz neonazistische Gruppierungen bekannt, die in der Öffentlichkeit als Fan-Clubs von Fußballvereinen der Bundesliga auftreten?
73. Abgeordneter
Gilges
(SPD) In wie vielen Fällen ermitteln Staatsanwaltschaften gegen Mitglieder rechtsradikaler Fußball-Fan-Clubs?
74. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß die Vertreter der Bundesregierung in der innerdeutschen Grenz-Kommission nicht mit der gleichen Eindeutigkeit wie der Vertreter des Landes Niedersachsen darauf bestehen, daß im innerdeutschen Grenzabschnitt zwischen Schnackenburg und Lauenburg die Grenzlinie zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR nur am Nordostufer der Elbe in der Verbindungslinie der Bühnenköpfe festgestellt werden kann, und bekennt sich demgegenüber die Bundesregierung eindeutig zu der vom Land Niedersachsen vertretenen Rechtsauffassung in dieser Frage?
75. Abgeordneter
Schemken
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß in Landesteilen von Nordrhein-Westfalen Briefe mit fingiertem Kopf „Bundesbeauftragter für Zivilversorgung im Verteidigungsfall“ an Bundesbürger verteilt wurden mit folgenden Formulierungen (auszugsweise) „Es muß bedauerlicherweise festgestellt werden, daß der Bau von Zivilschutzeinrichtungen in der Vergangenheit sehr vernachlässigt wurde . . . In Anbetracht dieser Lage ist es oberstes Gebot, tumultartige Auseinandersetzungen vor eventuell überfüllten Bunkern zu vermeiden, die im Falle einer bewaffneten Auseinandersetzung entstehen könnten. Nach § 128, Abs. 3 BZG in der Fassung vom 23. Juli 1969 werden die Mitglieder eines jeden Haushalts hiermit gebeten, diejenige Person zu benennen, die Anrecht auf Inanspruchnahme einer Schutzeinrichtung haben soll“?
76. Abgeordneter
Schemken
(CDU/CSU) Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um gegen diese Aktion vorzugehen, damit der erheblichen Unruhe in der Bevölkerung begegnet werden kann, und die örtlichen Verwaltungen entsprechende Hinweise erhalten?

77. Abgeordneter
Becker
(Nienberge)
(SPD) Hat die Bundesregierung eine Studie über links-extremistische Bestrebungen in der Deutschen Jugendpresse erstellen lassen (s. Deutschland-Magazin 7/83, S. 27)?
78. Abgeordneter
Becker
(Nienberge)
(SPD) Kann die Bundesregierung Auskunft über die Funktion des interministeriellen „Gesprächskreises Personalfachleute“ geben, und welche Erfahrungen konnten für die Bundesregierung bisher nutzbar gemacht werden (s. Spiegel Nr. 43, S. 14)?
79. Abgeordneter
Krizsan
(DIE GRÜNEN) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß jeder Deutsche – und damit gemäß Artikel 116 GG auch die Bürger der Deutschen Demokratischen Republik – ein Einspruchsrecht gegen Atomkraftwerke und Wiederaufarbeitungsanlagen hat, und welche Absprachen gibt es zwischen der Bundesregierung und der Regierung der DDR wegen der bei Dragahn geplanten Wiederaufarbeitungsanlage?

Bonn, den 4. November 1983

